



Junge Menschen und befristete Beschäftigungsverhältnisse in Europa

Zusammenfassung

Einleitung

Seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 ist die Zahl der jungen Menschen in der Europäischen Union, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, erheblich zurückgegangen. Bis Mitte 2013 ist die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen unter 24 Jahren auf über 23 % angestiegen. Die Angehörigen dieser Altersgruppe sind weitgehend befristet und nicht unbefristet beschäftigt (42 % im Vergleich zu gerade einmal 10 % der Beschäftigten im Alter von 25 bis 64 Jahren). Zeitarbeits- bzw. befristete Verträge können beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben zwar ein Sprungbrett darstellen, doch können sie junge Menschen auch in die Falle unsicherer Beschäftigungsverhältnisse locken.

Der vorliegende Vergleichsbericht des European Restructuring Monitor beruht auf Daten von Korrespondentenstellen in den 28 EU-Mitgliedstaaten und Norwegen. Darin werden die Gründe für den Anstieg der Zeitarbeitsverträge in der EU sowie die Lage in Bezug auf den Zugang junger Menschen mit Zeit- oder befristeten Arbeitsverträgen zum Sozialschutz untersucht. Es werden die Maßnahmen zur Regulierung des Abschlusses solcher Verträge überprüft, die in einer Reihe von Ländern eingeführt wurden – häufig mit Blick auf die Förderung des Übergangs zu Standardverträgen –, und schließlich werden die Standpunkte der Sozialpartner in dieser Frage vorgestellt.

Politischer Kontext

In den meisten Ländern in Europa sind Zeitarbeitsverträge gesetzlich geregelt: die maximale Laufzeit dieser Verträge ist begrenzt, ebenso die Zahl der möglichen Verlängerungen. Allerdings unterscheiden sich die Einzelheiten dieser Regelungen und das Ausmaß der damit auferlegten Einschränkungen von Land zu Land ganz erheblich. So wurden in manchen Ländern – insbesondere in Griechenland, Litauen, den Niederlanden, Polen, Rumänien und Spanien – die Vorschriften während der Krise gelockert, in der Hoffnung, auf diese Weise Anreize für mehr Arbeitsplätze zu

schaffen, auch wenn deutlich gemacht wurde, dass diese Atempause in den meisten Fällen nur vorübergehender Natur war. In den meisten Ländern wurden die Einschränkungen beibehalten; in Italien und der Slowakei wurden sie sogar noch verschärft, um mehr Arbeitgeber dazu anzuhalten, Beschäftigte auf der Grundlage von Standardverträgen einzustellen. Darin kommt eine europaweite Besorgnis zum Ausdruck, die auch von der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung „Gemeinsam für die Jugend Europas – ein Appell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ vom Juni 2013 zum Ausdruck gebracht wurde, wonach die Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen eine vorrangige Aufgabe ist, sich jedoch nicht in Form einer geringeren Arbeitsplatzqualität und zunehmender Unsicherheit auswirken sollte.

Wichtigste Erkenntnisse

- Die Zahl der Zeitarbeitsverträge für junge Menschen war in den meisten Ländern vor Beginn der Rezession Ende 2008 im Anstieg begriffen; darin fand der Wunsch der Arbeitgeber seinen Niederschlag, ihre Belegschaften leichter an die sich verändernden Marktbedingungen anzupassen. Dies war aber auch ein Zeichen dafür, dass Arbeitgeber Praktika und Probezeiten zunehmend dafür nutzten, die Fähigkeiten der neu eingestellten Mitarbeiter zu prüfen, bevor sie ihnen eine Festanstellung anboten.
- Der wirtschaftliche Abschwung 2008 und 2009 führte zu einer überproportionalen Verringerung der Zahl der befristet beschäftigten jungen Menschen, da viele befristete Arbeitsverträge von den Arbeitgebern, die versuchten, schnell ihre Kosten zu senken, nicht mehr verlängert wurden. Seitdem ist allerdings ein relativer Anstieg dieser Verträge festzustellen, was darauf schließen lässt, dass die Arbeitgeber in einem von wirtschaftlicher Unsicherheit geprägten Umfeld und in Zusammenhang mit dem erneut aufkeimenden Trend hin zu Praktika und

Probezeiten Zurückhaltung üben, wenn es darum geht, dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen.

- Von wenigen Ausnahmen abgesehen haben junge Menschen mit befristeten Verträgen grundsätzlich dieselben Ansprüche auf Sozialschutz wie Beschäftigte mit Standardverträgen. In der Praxis allerdings bedeutet die Tatsache, dass ihr Beschäftigungsverhältnis befristet ist, dass sie häufig keine ausreichenden Beiträge zahlen können, um einen Anspruch auf Unterstützung etwa in Form von Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Mutterschaft zu erwerben.
- In einer Reihe von Ländern und Sektoren ist die Scheinselbstständigkeit (d. h. wenn ein Selbständiger vertraglich verpflichtet wird, Leistungen für einen einzigen Kunden bzw. Auftraggeber zu erbringen, und zwar so, als ob er ein abhängig Beschäftigter wäre) weit verbreitet. Auf diese Weise können Arbeitgeber durch Verringerung der fälligen Sozialbeiträge und Vermeidung der Kosten, die sich zwangsläufig durch Kündigungsschutzvorschriften ergeben, die Lohnkosten senken.
- In den meisten Ländern haben Selbständige geringere Ansprüche auf Sozialleistungen als Arbeitnehmer, da die Zahlung von Sozialbeiträgen tendenziell auf freiwilliger Basis erfolgt. Junge Menschen mit geringem Verdienst zahlen eher keine Beiträge, um die damit verbundenen Zusatzkosten zu vermeiden. Dies gilt ebenso für den Anspruch auf Renten aus einer beitragspflichtigen Rentenversicherung.
- Befristete Arbeitsverträge können zwar ein Sprungbrett zu dauerhaften Arbeitsplätzen darstellen, insbesondere dann, wenn es sich um Praktika oder Probezeiten handelt, doch liegen genügend Anhaltspunkte dafür vor, dass die relative Zahl der jungen Menschen, die den Übergang zu Dauerarbeitsplätzen schaffen, während der Krise gesunken ist.
- Der Anstieg der befristeten Arbeitsplätze junger Menschen lässt sich zum Teil auf Maßnahmen zurückführen, die ergriffen wurden, um Anreize für deren Beschäftigung zu schaffen, etwa die staatliche Förderung von Praktika und staatliche Beihilfen für Arbeitgeber, die junge Menschen einstellen.
- In einer Reihe von Ländern wurden Lohnkostenzuschüsse in einer Form eingeführt, die Anreize für Arbeitgeber schaffen soll, dauerhafte anstelle von befristeten Arbeitsplätzen zu schaffen.

- In vielen Ländern sind befristet beschäftigte junge Menschen aufgrund der dringlichen Erfordernisse infolge der Wirtschaftskrise kein wichtiges politisches Anliegen für die Sozialpartner. Dort, wo diese Frage thematisiert wird, gibt es häufig einen – durchaus verständlichen – Konflikt zwischen den Ansichten der Arbeitgeber, die die Flexibilität befristeter Verträge schätzen, und den Gewerkschaften, die auf die Unsicherheit der Arbeitsplätze verweisen, die mit solchen Verträgen einhergeht.

Empfehlungen für die Politik

Die Zunahme befristeter Beschäftigungsverhältnisse bei jungen Menschen bietet aufgrund der mit dieser Art von Verträgen naturgemäß verbundenen Unsicherheit zwar Anlass zur Sorge, doch ist in diesem Zusammenhang auch festzuhalten, dass befristet Beschäftigte häufig auch keinen festen Arbeitsplatz wollen oder sich in einer Ausbildung oder in der Probezeit befinden, die dann zu einer Daueranstellung führen könnte. Allerdings müssen die Regierungen dafür Sorge tragen, dass mit befristeten Arbeitsverträgen kein Missbrauch betrieben wird.

Die Regierungen müssen darüber hinaus auch die Selbständigkeit genau überwachen. Auch wenn es an Nachweisen darüber fehlt, ob es sich bei manchen Formen der Selbständigkeit um eine echte Selbständigkeit handelt, hat es den Anschein, dass der Anstieg der Zahl der Selbständigen in manchen Ländern durch Arbeitgeber ausgelöst wurde, die nicht bereit sind, Arbeitnehmer fest anzustellen und ihnen den Schutz anzubieten, den ihnen ein Standardvertrag gewähren würde.

Die Frage des Sozialschutzes muss unbedingt thematisiert werden, um zu gewährleisten, dass junge Menschen und andere befristet Beschäftigte einen angemessenen Zugang zu Leistungen erhalten, wenn ihr Vertrag ausläuft oder sie beispielsweise aufgrund von Krankheit oder Mutterschaft nicht arbeiten können. Dies dürfte sich in Fällen, in denen die Sozialversicherungsbeiträge auf freiwilliger Basis gezahlt werden und junge Menschen aufgrund der Beitragskosten vom Abschluss einer solchen Versicherung abgeschreckt werden, schwierig gestalten. In der derzeitigen wirtschaftlichen Lage dürfte es auch für Regierungen schwierig sein, für die Kosten eines verstärkten Zugangs zu sozialem Schutz aufzukommen.

Weitere Informationen

Der vollständige Bericht *Young people and temporary employment in Europe* (Junge Menschen und befristete Beschäftigungsverhältnisse in Europa) ist abrufbar unter <http://www.eurofound.europa.eu/emcc/erm/studies/tn1304017s/index.htm>

Für weiterführende Informationen wenden Sie sich bitte an Lidia Salvatore, Forschungsbeauftragte, unter lsa@eurofound.europa.eu